

Flüchtlingsfreie und Hansestadt Hamburg*

Der Verein Wohnschiffprojekt Altona e. V. lud unter dem Motto „Die Bibby Altona kriegt Transfer, zum traditionellen Sommerfest ein und viele kamen: Kinder und Jugendliche von dem Schiff, ehemalige BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen des Projekts. Über 10 Jahre arbeitete der Verein für und mit Flüchtlingskindern und ihren Familien aus Krisen- und Kriegsgebieten, durch Verfolgung, Gewalterfahrungen und Flucht häufig desorientiert und traumatisiert. Die ausgestellten selbst gemalten Bilder, Fotos und Broschüren, Rede- und Musikbeiträge dokumentieren diesen wichtigen Beitrag für das erste Aufarbeiten ihrer schrecklichen Erlebnisse und das Kennen lernen und Einleben in eine fremde Gesellschaft, die weitgehend als abwehrend und ablehnend erlebt wird. Diese Erfahrungen von Respekt und Solidarität werden sie missen und die, die zukünftig nach Hamburg umverteilt werden, werden sie erst gar nicht missen können. Der Senat und die überwiegende Mehrheit in der Bürgerschaft träumen von einer flüchtlingsfreien Stadt und die ersten Schritte dorthin sind gemacht - ohne große öffentliche Proteste. So war das Fest auch von Abschied und Wehmut geprägt und Empörung: Die Innenbehörde hatte die sonst übliche Nutzung des Platzes vor dem Schiff verboten und die polizeiliche Räumung bei Zuwiderhandlung angekündigt, obwohl die Sozialbehörde sich für das Fest eingesetzt hatte. „Meiner Kenntnis nach geht es nicht um ein Sommerfest. Das Wohnschiffprojekt wollte nach unserer Information vielmehr eine Abschiedsveranstaltung zum Ende seiner Tätigkeit auf der Bibby Altona durchführen“ - so der Leiter der Ausländerbehörde, Christoph Bushardt, zur Mopo. Dabei sollte auch gegen die Verlegung der Erstaufnahme protestiert werden. „Bei diesem Motto ist die Veranstaltung politisch!“ Das Verbot wurde dem Verein nicht direkt mitgeteilt. Dass das Fest dennoch auf einem Privatgelände hundert Meter entfernt stattfinden konnte, war dem unkomplizierten und wie selbstverständlichen Entgegenkommen des Auktionshauses Lauritz zu verdanken.

Statt die wenigen Deutschland erreichenden Flüchtlinge dezentral gastfreundschaftlich aufzunehmen, werden sie ab 1. Oktober auf dem ehemaligen NVA-Kasernengelände an der B5 in Nostorf-Horst zwischen Lauenburg und Boizenburg kaserniert. In Hamburg werden sie nur noch zur Personalienfeststellung, erkennungsdienstlichen Behandlung usw. einige Tage wohnen. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, so die ehemalige Ausländerbeauftragte Ursula Neumann in ihrer Würdigung der engagierten und parteilichen Arbeit des Projektes.

Vor wenigen Wochen feierten der Erste Bürgermeister von Beust und Ministerpräsident Ringstorff den ausgehandelten Kooperationsvertrag als ermunternden Anfang einer guten Zusammenarbeit im Norden; zugleich luden sie Schleswig-Holstein nochmals ein, sich dem Projekt anschließen, um die Kosten noch weiter zu senken. Hamburg kann dort bis zu 350 der 650 Plätze belegen und wird 2007 ungefähr 2 Millionen Euro einsparen können.

Die schon auf der Bibby Altona menschenunwürdigen Lebensverhältnisse werden sich dort nochmals drastisch verschlechtern. Zunächst wurde das Lager nur als zentrale Erstaufnahmeeinrichtung Mecklenburg-Vorpommerns (MV) für eine längstens dreimonatige Aufenthaltsdauer genutzt. Im Alleingang funktionierte im Juni 2005 der zuständige Innenminister Gottfried Timm Teile des Lagers in eine Landesgemeinschaftsunterkunft (LGU) um. In ihr werden Menschen bis zu zwölf Monate untergebracht, deren Abschiebung zu erwarten bzw. vorgesehen ist. Er hat dort faktisch ein Abschiebelager eingerichtet, was dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Die Linke.PDS widerspricht, der ein solches aus humanitären Gründen ablehnt. Einen Streit darüber gab es in der Koalition nicht. Erstaufnahme- und Abschiebelager zusammen auf einem abgesicherten, umzäunten und von Sicherheitskräften bewachten Gelände – kurze Wege zwischen Ankunft und Abschiebung. Allerdings widerspricht die gesamte Anlage von Anfang an der vom selben Innenminister erlassenen Gemeinschaftsunterkunftsverordnung (GUVVO), in der es heißt: „Um Teilnahme am Gemeinschaftsleben zu ermöglichen, dürfen Gemeinschaftsunterkünfte nur in einem

oder im Anschluss an einen im Zusammenhang erbauten Ortsteil eingerichtet werden.“ Ein Blick auf die Karte zeigt: Das Lager liegt im Wald weitab dem Ortsteil Nostorf – im Volksmund deshalb auch „Dschungelheim“ genannt. Soziale Kontakte, die auch zur Solidarität mit den Flüchtlingen führen könnten, sind eben nicht erwünscht. Allerdings – so Wolf-Christoph Trzeba vom Landesamt für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten – freut sich die Gemeinde Nostorf über den Zuzug der Asylbewerber: “Die Einrichtung ist eine der wenigen Einnahmequellen der Gemeinde. Und Ärger hat es hier noch nicht gegeben.“(HA, 29.05.05) – wie auch?

Laut Lagerleitung ist Nostorf-Horst mit dem Bus 515 der Ludwigsluster Verkehrsgesellschaft (LVG) ab Boizenburg oder Lauenburg zu erreichen – im Zweistundentakt. Die Fahrplanauskunft im Internet ist genauer: Achtmal fahren mo-fr Busse mit bis zu vierstündiger Taktunterbrechung, sonnabends zweimal und an Sonn- und Feiertagen viermal. Aber wer von den Flüchtlingen hat schon das Geld für die Fahrtkosten.

Sollten sie doch einmal das Lager verlassen unter Wahrung ihrer Residenzpflicht, wird ihnen die Sorge um ihre Sicherheit, die sich das Hamburger Abendblatt um Ole von Beust machte als er das nahe gelegene Lübtheen Mitte Juni besuchte, nicht zuteil werden: „Das Städtchen ist eine Neonazi-Hochburg.“ (HA, 10.06.06). Nicht nur das Städtchen! Die ganze Region.

In dem Bericht „lagebilder rechtsextremismus mv frühjahr 2006“ des „Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern“ ist beispielsweise zu lesen:

„Der Landkreis Ludwigslust bildet nach wie vor einen Schwerpunkt rechtsextremer Strukturen und Aktivitäten in Mecklenburg Vorpommern. Hier existiert, unter Führung von NPD-Kadern, ein gut organisiertes Netzwerk von Partei, Freien Nationalisten und anderen rechtsextremen Gruppierungen. Dieses verfügt über eine professionelle personelle, ökonomische und informelle Infrastruktur. [...]Die Region Lübtheen - Boizenburg spielt im Landkreis Ludwigslust für die rechtsextreme Szene eine besondere Rolle. Sie ist zum einen Rückzugsgebiet für führende NPD-Funktionäre, die sich in den vergangenen Jahren hier planmäßig angesiedelt haben. Abseits von medialen Aufmerksamkeit und fast unbehelligt von staatlicher Repression und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften entfalten sich hier unterschiedlichste Aktivitäten. Von hier aus werden unterschiedlichste Aktionen und Kampagnen im norddeutschen Raum konzipiert und organisiert. Durch die Unterstützung kleinerer mittelständischer Betriebe und den Erwerb diverser Immobilien hat sich die Szene eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit geschaffen, um ihre Strategien umzusetzen.“ Die in M-V betriebenen Neonazi-Internetportale „Störkebeker-Netz“ und „Altermedia.info“ haben überregionale Bedeutung. Letzteres berichtet über das Lager in Nostorf-Horst. Ein gefährliches Klima für Flüchtlinge!

Dauern soll laut Mitteilung des Senats soll der Aufenthalt „bei Asylbegehrenden regelhaft drei Monate, bei unerlaubt eingereisten Ausländern regelhaft sechs Monate. Für Familien mit schulpflichtigen Kindern findet eine verkürzte Unterbringung in der Wohnaußenstelle statt, um baldmöglichst einen Schulbesuch in Hamburg zu ermöglichen“.

Was heißt hier „regelhaft“? Eine Lesehilfe finden wir auf der Homepage der Kreistagspräsidentin und CDU-Landtagsabgeordneten Maika Friemann-Jennert: „... interessierte sich Friemann-Jennert auch für die Tatsache, dass Hamburg künftig die Nostorfer Einrichtung verstärkt nutzen werde, weil hier noch Kapazitäten vorhanden sind. Die dann in Nostorf-Horst zeitweilig unterzubringenden Asylbewerber sollen, eine positive Bleiberechtsentscheidung vorausgesetzt, dann jedoch wieder nach Hamburg kommen. Im Anschluss an das Gespräch wurde der Abgeordneten kurzfristig die Möglichkeit eingeräumt, sich in der eher spartanisch eingerichteten Asylbewerberunterkunft ausführlich umzusehen.“

Da die Anerkennungsquote gegen Null gedrückt werden wird, heißt „regelmäßig“ sicherlich: Der überwiegende Teil der Flüchtlinge wird dort bis zu ihrer Abschiebung leben müssen ohne jemals wieder Hamburger Boden betreten zu haben. Hamburgs Erstaufnahmeeinrichtung bleibt wie auf der Bibby Altona integriert in ein Abschiebelager - nur weitab jeglicher Hilfs-, Beratungs-, Unterstützungsmöglichkeiten von außen. Sie sind dort der Behördenwillkür schutzlos ausgesetzt. Das erleichtert die Arbeit der Hamburger Ausländerbehörde ungemein. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des zuständigen Personals wird aufatmen, bei ihren oft menschenverachtenden Verhaltensweisen und Entscheidungen nicht mehr von kompetenten und engagierten UnterstützerInnen und AnwältInnen gestört zu werden.

Mit der Abschiebung auch von Familien mit schulpflichtigen Kindern nach Nostorf-Horst entzieht der Senat diese der in Hamburg geltenden Schulpflicht, da es dort keine schulischen Einrichtungen gibt. Dieser bewusste Verstoß gegen geltende Gesetze und gegen die UN-Kinderrechtskonvention ist angesichts der intendierten Flüchtlingsfreien und Hansestadt Hamburg das kleinere Übel. Denn wenn es aus Sicht des Senats, der CDU und der sich weitgehend still verhaltenden SPD überhaupt ein Übel gibt, dann sind es offensichtlich die Flüchtlinge.

s. Lokalberichte 7 und 17, 2006, weitere Informationen auf den Internetseiten der Flüchtlingsräte oder über Google suchen

Christian Arndt